

A n t w o r t

des Ministeriums der Justiz

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Marlies Kohnle-Gros (CDU)
– Drucksache 17/8398 –

Gewinnung von Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärtern für die rheinland-pfälzische Justiz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/8398** – vom 21. Februar 2019 hat folgenden Wortlaut:

Im Landeshaushalt 2019/2020 wurden zusätzliche Anwärterstellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger beschlossen, die nun so schnell wie möglich besetzt werden sollten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Anwärterinnen und Anwärter befinden sich derzeit im Vorbereitungsdienst (bitte getrennt nach Ausbildungsabschnitten aufzuführen)?
2. Wie ist das Verhältnis der Absolventen in den vergangenen drei Jahren zu den offenen Stellen?
3. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen?
4. Gibt es aktive Werbemaßnahmen der Landesregierung zur Erhöhung der Ausbildungskapazitäten?

Das **Ministerium der Justiz** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 28. Februar 2019 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Im Vorbereitungsdienst für das Duale Studium zur Dipl.-Rechtspflegerin (FH) bzw. zum Dipl.-Rechtspfleger (FH) befinden sich aktuell landesweit 141 Anwärterinnen und Anwärter – davon 53 Anwärterinnen und Anwärter im Ausbildungsabschnitt „Studium I“, 37 Anwärterinnen und Anwärter im Ausbildungsabschnitt „Studienpraxis“ und 51 Anwärterinnen und Anwärter im Ausbildungsabschnitt „Studium II“.

Zu Frage 2:

Den Vorbereitungsdienst für das Duale Studium zur Dipl.-Rechtspflegerin (FH) bzw. zum Dipl.-Rechtspfleger (FH) schlossen in den Jahren 2016, 2017 und 2018 landesweit insgesamt 111 Anwärterinnen und Anwärter erfolgreich ab. 109 Absolventinnen und Absolventen konnten in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden. Im Bereich des Pfälzischen Oberlandesgerichts in Zweibrücken konnten die zu besetzenden Stellen jeweils besetzt werden. Im Bereich des Oberlandesgerichts Koblenz konnten die zu besetzenden Stellen mit Ausnahme von zwei Stellen im Jahr 2016 ebenfalls besetzt werden. Die Übernahme der ursprünglich für die beiden im Jahr 2016 nicht besetzten Stellen vorgesehenen Anwärterinnen bzw. Anwärter kam aufgrund ihrer fehlenden Eignung nicht in Betracht.

Zu Frage 3:

Im Landeshaushalt 2019/2020 wurden in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften insgesamt 30 Stellen für Rechtspflegeranwärterinnen und Rechtspflegeranwärter neu geschaffen. Die diesbezüglich im Hinblick auf die Ausbildungskapazitäten erforderlichen Maßnahmen wurden bereits im Zuge der Aufstellung des Landeshaushalts ergriffen. Die für die rheinland-pfälzischen Anwärterinnen und Anwärter notwendigen Studienplätze wurden bei dem für die theoretische Ausbildung an der Hochschule in Schwetzingen zuständigen Ministerium der Justiz Baden-Württemberg angemeldet. Die beiden für die praktische Ausbildung zuständigen Oberlandesgerichte wurden ebenfalls beteiligt.

Zu Frage 4:

Mit der Frage 4 soll – soweit ersichtlich – mit Blick auf die im Landeshaushalt 2019/2020 beschlossenen zusätzlichen Stellen erfragt werden, welche Werbemaßnahmen der Landesregierung existieren, um Bewerberinnen und Bewerber für das Duale Studium zur Dipl.-Rechtspflegerin (FH) bzw. zum Dipl.-Rechtspfleger (FH) zu gewinnen.

b. w.

Um potenzielle Bewerberinnen und Bewerber für das vorgenannte Duale Studium zu gewinnen, werden die folgenden Maßnahmen ergriffen:

Das Berufsbild der Dipl.-Rechtspflegerin (FH) bzw. des Dipl.-Rechtspflegers (FH) wird im Internet für jeden zugänglich präsentiert. Exemplarisch wird auf die Internetseite des Karriereportals des Landes Rheinland-Pfalz und die Internetauftritte des Oberlandesgerichts Koblenz sowie des Pfälzischen Oberlandesgerichts in Zweibrücken verwiesen. Zudem wird das Berufsbild in einem auf der Internetseite des Pfälzischen Oberlandesgerichts in Zweibrücken verlinkten Film der Bundesagentur für Arbeit vorgestellt.

Die Gerichte und Staatsanwaltschaften nehmen an Ausbildungs- und Berufsinformationsmessen und an berufsorientierten schulischen Veranstaltungen teil. Hierfür wurde beim Pfälzischen Oberlandesgericht in Zweibrücken eigens eine Ausbildungsberaterin bestellt.

Den Berufsberaterinnen und Berufsberatern der regionalen Agenturen für Arbeit werden jährlich aktuelles Informationsmaterial sowie Bewerbungsvordrucke übersandt.

Die rheinland-pfälzischen Berufsschulen werden einmal jährlich mit der Bitte angeschrieben, insbesondere in den Klassen der Notar- und Rechtsanwaltsfachangestellten auf die Einstellungsmöglichkeiten in der Justiz hinzuweisen.

In den Gerichten und bei den Staatsanwaltschaften wird ganzjährig mit Plakaten und Flyern für die Justiz geworben.

Tage der offenen Tür und die sogenannten Girls- und Boys-Days werden zur Vorstellung der Berufsbilder in der Justiz genutzt.

Die Gerichte und Staatsanwaltschaften bieten interessierten Schülerinnen und Schülern Praktika an.

Studienplatzangebote für das Duale Studium der Dipl.-Rechtspflegerin (FH) bzw. des Dipl.-Rechtspflegers (FH) werden im Internet und zusätzlich in Printmedien veröffentlicht und an die Bundesagentur für Arbeit gemeldet.

Am 20. Februar 2019 hat Herr Justizstaatssekretär Philipp Fernis das Justizzentrum Bad Kreuznach besucht. Dieser Besuch diente unter anderem dazu, das Duale Studium der Dipl.-Rechtspflegerin (FH) bzw. des Dipl.-Rechtspflegers (FH) über die Medien weiter bekannt zu machen.

Herbert Mertin
Staatsminister